

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	<b>7</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>17</b>
<b>Kapitel 1: Einleitung .....</b>	<b>19</b>
A. Problemdarstellung .....	19
B. Gang der Untersuchung .....	20
<b>Kapitel 2: Die Europäisierung des Geldwäschetatbestandes .....</b>	<b>23</b>
A. Der Geldwäschebegriff .....	23
I. Kriminologisch .....	24
II. Im Strafgesetzbuch .....	24
B. Die Entwicklung der Geldwäschestrafbarkeit .....	25
I. Erste internationale und europäische Regelungen .....	25
1. Wiener Suchtstoffübereinkommen, 1988 .....	25
2. Gründung der Financial Action Task Force (FATF), 1989 .....	27
3. Straßburger Geldwäscheübereinkommen, 1990 .....	28
4. Die Erste EG-Geldwäscherichtlinie, 1991 .....	29
II. Weitere Entwicklungen ab Einführung des Geldwäschetatbestandes .....	30
1. Einführung des Geldwäschetatbestandes in das Strafgesetzbuch, 1992 .....	30
a) Das Organisationsprinzip .....	32
b) Das Herkunftsprinzip .....	33
c) Der ursprüngliche Tatbestand des § 261 StGB .....	34
2. Verbrechensbekämpfungsgesetz, 1994 .....	35
3. Drittes Gesetz zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, 1998 .....	37
4. Die Zweite EG-Geldwäscherichtlinie, 2001 .....	40

5. Die Palermo-Konvention gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität .....	41
a) Wesentliche Inhalte .....	42
b) Ansätze zur Einordnung geldwäschetauglicher Vortaten ..	43
6. Die Warschauer Geldwäschekonvention .....	43
7. Die Dritte EG-Geldwäscherichtlinie, 2005 .....	45
8. Die aktualisierten Empfehlungen der FATF .....	46
9. Die Vierte Geldwäscherichtlinie, 2015 .....	47
10. Die Fünfte Geldwäscherichtlinie, 2018 .....	48
C. Die grundlegende Reformierung des deutschen Geldwäschetatbestandes .....	49
I. Auslöser der Reform .....	49
1. Die Richtlinie (EU) 2018/1673 .....	49
a) Ziele .....	49
b) Inhalt .....	50
aa) Die neuen Deliktskategorien .....	50
bb) Vorgaben zu Auslandsvortaten .....	51
c) Legitimität der Vorgaben .....	52
aa) Primärrechtskonformität .....	52
bb) Förderung der Harmonisierungsbestrebungen .....	56
2. Einfluss der FATF .....	58
a) Internationale Aufstellung der FATF .....	58
b) Durchsetzung des FATF-Regelwerks .....	60
c) Kritik an dem Einfluss der FATF .....	61
II. Reformierung des Geldwäschetatbestands, 2021 .....	63
D. Zusammenfassung .....	65
<b>Kapitel 3: Der neue Geldwäschetatbestand im Einzelnen .....</b>	<b>67</b>
A. Kriminalpolitische Ziele und geschützte Rechtsgüter .....	67
I. Kriminalpolitische Ziele des Geldwäschetatbestandes .....	67
II. Das geschützte Rechtsgut .....	69
1. Die innere Sicherheit Deutschlands und anderer Staaten .....	69

2. Der legale Wirtschafts- und Finanzkreislauf .....	70
3. Staatliche Rechtspflege und das durch die Vortat verletzte Rechtsgut .....	71
4. Der staatliche Einziehungsanspruch .....	72
5. Ergebnis .....	73
B. Der neue Geldwäschetatbestand .....	74
I. Systematische Einordnung .....	74
II. Deliktsstruktur .....	75
1. Objektiver Tatbestand, Absatz 1 und 2 .....	75
a) Tatobjekt und Tathandlungen der Geldwäsche .....	75
b) Phasen der Geldwäsche .....	77
2. Subjektiver Tatbestand .....	78
a) Vorsätzliche Begehung .....	78
b) Leichtfertige Begehung, Absatz 6 .....	79
3. Qualifikation, Absatz 4 .....	80
4. Besonders schwerer Fall, Absatz 5 .....	80
5. Möglichkeit der Einziehung nach Absatz 10 .....	80
<b>Kapitel 4: Die Vortaten des § 261 StGB .....</b>	<b>81</b>
A. Die Abschaffung des Vortatenkataloges .....	81
I. Vom Listenansatz zum All-Crimes-Ansatz .....	81
1. Erwägungen des Gesetzgebers .....	81
2. Schwächen des Katalogtatensystems .....	83
a) „Enfant terrible“ des Strafgesetzbuches .....	83
b) Das Kernproblem: Der Vortatnachweis .....	84
c) Ausuferung des Tatbestandes und Strafbarkeitslücken .....	86
d) (Miss)Erfolg in der Praxis .....	87
e) Ungleichbehandlung inkriminierter Vermögenswerte .....	89
II. Zwischenergebnis .....	90
B. Die Vortaten des reformierten § 261 Abs. 1, 2 StGB .....	90
I. Kriminalpolitische Untersuchung der neuen Deliktsstruktur der Absätze 1 und 2 .....	91

1. Einbeziehung von Fahrlässigkeitsdelikten .....	92
2. Wegfall der „ersparten Aufwendungen“ .....	94
3. Folgen für die Praxis: Überlastung der Strafverfolgungsbehörden vor allem durch Bagatelldelikte .....	96
4. Verhältnis zu den übrigen Anschlussdelikten .....	99
a) Funktion der Geldwäsche neben den übrigen Anschlussdelikten .....	99
b) Bedenken infolge der Ausweitung des Geldwäsche- tatbestandes .....	101
aa) Bedenken hinsichtlich der Ersatzhehlerei .....	102
bb) Bedenken hinsichtlich der Strafvereitelung .....	104
cc) Bedenken hinsichtlich der Begünstigung .....	104
dd) Bedenken hinsichtlich der Möglichkeit der leichtfertigen Begehung .....	105
ee) Zwischenergebnis .....	106
c) Bedeutung der anderen Anschlussdelikte neben der Geldwäsche nach der Reform .....	107
5. Lösung der Beweisführungsproblematik? .....	110
6. Beibehaltung des Leichtfertigkeitstatbestandes .....	114
7. Bewertung der Änderungen in den Absätzen 1 und 2 .....	116
II. Verfassungsrechtliche Einordnung der Reform .....	118
1. Beweiserleichterung durch Einführung des All-Crimes- Ansatzes .....	118
2. Verfassungsmäßigkeit staatlicher Ermittlungsbefugnisse .....	121
3. Verfassungsmäßigkeit der Einbeziehung von Bagatellvortaten .....	123
a) Einordnung .....	124
b) Geeignetheit zur Geldwäschebekämpfung .....	125
c) Erforderlichkeit .....	129
aa) Vortaten mit geringwertigen Taterträgen .....	129
bb) Vortaten mit vergleichsweise geringer Strafan- drohung .....	130
d) Angemessenheit .....	131
aa) Vortaten mit geringwertigen Taterträgen .....	131

bb) Vortaten mit vergleichsweise geringer Strafan-	
drohung .....	132
4. Uferlose Ausweitung des Tatbestandes durch Aufgabe	
des Vortatenkataloges: Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG? .....	133
a) Verstoß gegen den Bestimmtheitsgrundsatz .....	133
b) Verstoß gegen den Vorbehalt des Gesetzes .....	134
5. Verhältnismäßigkeit des Leichtfertigkeitstatbestandes .....	135
a) Legitimer Zweck .....	135
b) Geeignetheit .....	136
c) Erforderlichkeit .....	137
d) Angemessenheit .....	138
6. Ergebnis: Keine vollständige Verfassungsmäßigkeit der	
Reform .....	139
III. Zusammenfassung .....	140
C. Auslandstaten als Vortaten, § 261 Abs. 9 StGB .....	142
I. Ausgangssituation .....	142
II. Die Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/1673 .....	145
III. Umsetzung in Deutschland .....	145
1. Vereinbarkeit mit völkerrechtlichen und nationalen	
Rechtsgrundsätzen .....	146
a) Völkerrechtliches Interventionsverbot .....	146
b) Nullum crimen sine lege, Art. 103 Abs. 2 GG .....	147
c) Schuldgrundsatz .....	147
d) Zwischenergebnis .....	148
2. Verhältnismäßigkeit .....	149
a) Geeignetheit zur Verfolgung der Ziele der Geldwä-	
schebekämpfung .....	150
b) Kernaspekt: Erforderlichkeit zum Schutz der	
Rechtsgüter .....	152
aa) Die staatliche Rechtspflege .....	152
bb) Das verletzte Rechtsgut der Vortat .....	157
cc) Legitimer Wirtschafts- und Finanzkreislauf .....	159
dd) Zwischenergebnis .....	160

c) Angemessenheit .....	160
d) Ergebnis .....	161
3. Formale Umsetzung: Liste der Übereinkommen in § 261 Abs. 9 Nr. 2 StGB .....	162
IV. Zusammenfassung und Endergebnis .....	164
D. Abschließende Bewertung der Reform .....	165
<b>Kapitel 5: Lösungsansätze und Alternativen .....</b>	<b>169</b>
A. Lösungsmöglichkeiten für die Problematiken .....	169
I. Bagatellvortaten .....	169
1. Kurzfristige Lösungsansätze für den Status quo .....	170
2. Langfristige Lösung: Ergänzung des Tatbestandes um eine Bagatellgrenze .....	172
a) Mögliche Einschränkung der Bagatellgrenze .....	173
b) Gefahr der Umgehung der Bagatellgrenze .....	174
c) Konkrete Ausgestaltung der Bagatellgrenze .....	176
II. Leichtfertigkeitstatbestand .....	177
1. Wegfall der leichtfertigen Geldwäsche .....	177
2. Streichung des All-Crimes-Ansatzes .....	178
3. Begrenzung des Leichtfertigkeitstatbestandes .....	178
III. Auslandsvortaten .....	180
1. Teleologische Reduktion auf vom Weltrechtsprinzip erfasste Vortatenkategorien .....	181
2. Teleologische Reduktion und Begrenzung auf verletzende Fallgruppen .....	182
B. Alternative Reformierungsmöglichkeiten .....	185
I. Das Höchstmaßkriterium des Art. 2 Nr. 1 S. 1 der Richtlinie (EU) 2018/1673 in Verbindung mit dem Listenansatz .....	185
1. Ausgestaltung .....	185
2. Bewertung der Alternative .....	186
II. Differenzierung nach dem Organisationsprinzip .....	187
1. Definitionsversuche für die „organisierte Kriminalität“ .....	188

2. Bewertung der Alternative .....	190
a) Nachweis des Bestehens einer organisierten krimi- nellen Gruppierung .....	190
b) Zuordnung des Tatobjekts zur kriminellen Organisation .....	192
c) Beschränkung der Geldwäsche auf die organisierte Kriminalität .....	192
3. Kombination von Herkunfts- und Organisationsprinzip nach österreichischem Vorbild .....	193
4. Ergebnis .....	194
III. Einführung eines Täuschungstatbestands nach Vogel .....	195
1. Ausgestaltung .....	195
2. Bewertung der Alternative .....	197
IV. Einführung eines Verschleierungstatbestands .....	198
1. Ausgestaltung .....	198
2. Bewertung der Alternative .....	200
V. Ergebnis .....	201
C. Zusammenfassung .....	202
 <b>Kapitel 6: Schlussbetrachtung</b> .....	 205
A. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse .....	205
B. Ausblick .....	207
 <b>Literaturverzeichnis</b> .....	 211